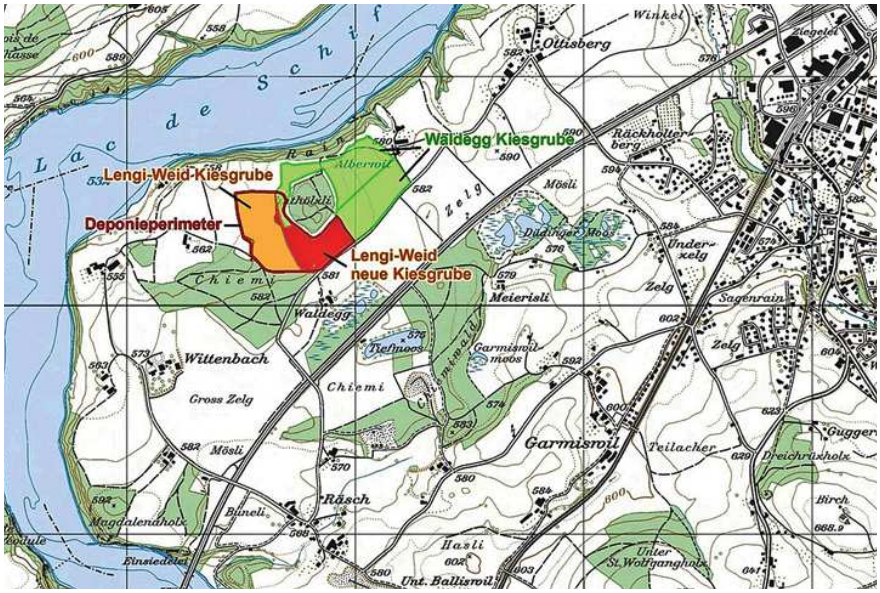
Aushub-Deponie ist unerwünscht

Weil in Düdingen zwischen Räsch und Ottisberg eine Deponie für Aushubmaterial geplant ist, befürchten viele Bürger Mehrverkehr.

Karin Aebischer

DÜDINGEN Nach der Präsentation des Projekts für eine Aushub-Deponie in Düdingen zwischen Räsch und Ottisberg entwickelte sich am Montagabend im Podium eine intensive Diskussion darüber. «Es ist kein einfaches Dossier», sagte Ammann Kuno Philipona (CVP). Dennoch beabsichtige der Gemeinderat, zu den am Freitag öffentlich aufgelegten Plänen (die FN berichteten) ein positives Gutachten abzugeben. Unter den rund 120 Personen, die zum Infoabend der Gemeinde gekommen waren, befanden sich nebst vielen Anwohnern und Gemeindepolitikern auch die Vertreter der einfachen Gesellschaft Lengi Weid, die das Projekt eingereicht hatte. Ihr gehören das Unternehmen JPF Gravières SA sowie der Unternehmer und Besitzer des betroffenen Landstücks, Fernand Andrey, an.



Das Gebiet Lengi Weid liegt in Düdingen zwischen dem Schiffenenseeufer und der Autobahn A12. Grafik zvg

Eine neue Strassenführung

Die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger betrafen vor allem zwei Punkte: die Zunahme des Schwerverkehrs und das Landschaftsbild, das sich auf der Parzelle unterhalb der Waldegg-Kapelle verändern würde. Kuno Philipona erklärte, dass sich dieses nicht extrem ändere. Die bestehende Senke werde aufgefüllt und der Übergang zur Kapelle wie eine Terrasse gestaltet.

«Eine Landschaft kann man doch nicht einfach so verschandeln. Wieso füllt man nicht erst alle Löcher, die bestehen?», fragte ein Bürger. Gemeinderat Markus Bapst, der als Vertreter des ausführenden Büros Triform SA sprach, gab zu verstehen, dass es durchaus andere «Narben in der Landschaft» gebe, die man nutzen könnte. Diese seien aber nicht im entsprechenden Richtplangebiet, und somit wäre es schwierig, eine Bewilligung zu erwirken.

In fünf Etappen sollen in der Lengi Weid bis 2043 insgesamt eine Million Kubikmeter Material verschoben werden. Davon werden gemäss Markus Bapst 700 000 bis 750 000 Kubikmeter hingeführt, was zu einer Zunahme von vier Lastwagenfahrten pro Tag führe. Konzentriert auf acht Monate seien dies bei 7300 Lastwagenfahrten pro Jahr, insgesamt 42 am Tag und 3,51 pro Stunde.

Um die Weiler Räsch, Ottisberg und die untere Zelg vom Verkehr zu entlasten und die Sicherheit zu erhöhen, sieht das Projekt eine neue Strasse durchs Kiemy vor, die rund 630 000 Franken kosten und vollumfänglich von der einfachen Gesellschaft Lengi Weid finanziert würde. «Die Verkehrssituation verbessert sich dadurch», sagte Gemeinderat Urs Hauswirth (SP). Die Anwohner der Zelgstrasse hingegen müssten mit Mehrverkehr rechnen. «Die Situation ist schon jetzt prekär. Wäre es nicht möglich, einen Transportweg über Balliswil–Kastels zu führen?», fragte eine Anwohnerin der Zelgstrasse. Bauamtleiter David Köstinger erklärte, dass bei dieser Variante die Überquerung der Bahnlinie ein grosser Hemmschuh sei. Die Brücke sei auf eine Last von 18 Tonnen beschränkt. Lastwagen, die Kies abführen, seien 30 bis 40 Tonnen schwer. Eine Sanierung der Brücke würde gemäss Köstinger mindestens fünf Millionen Franken kosten.

Vereinbarung abgeschlossen

Andere Bürger warnten vor Mehrverkehr durchs Dorf. Ein Bürger forderte den Gemeinderat auf, auf der Höhe Kiemy eine provisorische Autobahnausfahrt zu prüfen. Dies sei ein Vorhaben ohne Realisierungschancen, sagte Kuno Philipona. Die Signale des Bundesamts für Strassen (Astra) seien klar. Erst kürzlich habe ihm Astra-Direktor Jürg Röthlisberger an einem Vortrag in Flamatt gesagt, dass es in Frieseneit nie eine Autobahnausfahrt geben werde.

Was denn die Bürger von diesem Projekt hätten, wollte eine Frau wissen. «Ich habe das ungute Gefühl, dass es dabei nur um den grossen Profit für die beteiligten Unternehmen geht», sagte sie. Philipona erklärte, dass die neue Strassenführung aus seiner Sicht ein grosser Gewinn für die Gemeinde wäre. Zudem habe der Gemeinderat mit der einfachen Gesellschaft Lengi Weid eine Vereinbarung abgeschlossen. «Wir haben lange darum gerungen und sicher das Maximum herausgeholt.» Für Düdingen würden während der Betriebsdauer der Deponie 70 000 bis 80 000 Franken pro Jahr herausschauen, sagte er auf die wiederholte Forderung, den Inhalt der Vereinbarung offenzulegen.

Zirka 18 Franken pro Kubikmeter

Markus Bapst zeigte auf, dass die Reserven für Deponieraum im Kanton Freiburg in zwei Jahren verbraucht sind. Die Konsequenzen seien unnötige Transporte, wilde Deponien und hohe Preise. Deshalb müssten jetzt Reserven geschaffen werden. Wie er den FN erklärte, würde in der Lengi Weid hauptsächlich Aushubmaterial aus der Region gelagert. 18 Franken pro Kubikmeter Material würden Unternehmen von Auftraggebern im Schnitt verlangen.

Zum Schluss der Veranstaltung wurde klar, dass die Entscheidungskompetenzen des Gemeinderats für das Bewilligungsverfahren stark limitiert sind. Nur bei den Anpassungen des Zonennutzungsplans habe der Gemeinderat Handlungsspielraum, erklärte David Köstinger. Bewilligungsbehörde sei das Oberamt. Kuno Philipona erklärte, dass der Gemeinderat sich nicht zuletzt deshalb für eine Vereinbarung und die neue Strassenführung eingesetzt habe. «Das Oberamt könnte die Bewilligung erteilen, und wir hätten nichts.»

Mehrere Personen kündigten am Montagabend an, Einsprache gegen die aufgelegten Pläne zu erheben.

Gewerkschaft Syndicom erstellt Karte der gefährdeten Poststellen

Neun Freiburger Poststellen sind sicher, neun sind im Schliessungsprozess und 50 sind gefährdet. Dieses Fazit zieht die Mediengewerkschaft Syndicom.

Urs Haenni

FREIBURG 1400 posteigene Filialen gibt es in der Schweiz heute, auf 800 bis 900 Filialen soll das Netz bis Ende 2020 reduziert werden. Im Gegenzug soll die Zahl der Postagenturen von 800 auf 1200 bis 1300 steigen. Dies hat die Post vor knapp zwei Monaten angekündigt (die FN berichteten).

Nun will die Gewerkschaft für Medien und Kommunikation, Syndicom, konkret aufzeigen, welche Postfilialen sicher sind, welche schliessen müssen und welche gefährdet sind. Syndicom erarbeitet Kanton für Kanton eine Karte mit den entsprechenden Poststellen und ihrem Status. Nach Aargau ist dieses Inventar nun auch für Freiburg gemacht.

Wie David Roth von der Gewerkschaft Syndicom den FN verrät, seien im Kanton Freiburg nur 9 von heute 68 Postfilialen sicher. Es handelt sich um Filialen in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern oder um Bezirkshauptorte. Bei neun weiteren Postfilialen sei der Schliessungsprozess eingeleitet; sie alle befinden sich im französischsprachigen Teil des Kantons (siehe Kasten). Bei 50 Freiburger Postfilialen sei die Existenz gefährdet, so Roth. Rechnet man den nationalen Anteil an angekündigten Schliessungen auf Freiburg herunter, so würden gemäss Roth bis 2020 rund 25 Freiburger Postfilialen schliessen müssen.

Mit diesem Inventar will Syndicom den Behörden und der Bevölkerung einen Überblick verschaffen und aufzeigen, wo eine Schliessung droht. So könnten die Kantone und Gemeinden rechtzeitig bei der Post intervenieren, so Roth. Für Syndicom seien Agenturen kein vollständiger Ersatz für Poststellen.

St. Ursen will nicht mitmachen bei den Fusionsgesprächen

Nach Heitenried hat am Montagabend auch der Gemeinderat von St. Ursen entschieden, zurzeit keine Gespräche über eine Fusion im Sense-Mittelland zu führen.

Karin Aebischer

ST. URSEN Die Fusionsgespräche im Sense-Mittelland finden vorläufig zwischen Tafers, St. Antoni und Alterswil statt. So präsentiert sich die Ausgangslage, nachdem der Gemeinderat von St. Ursen am Montagabend entschieden hat, vorläufig keine Fusion anzusteuern. «Der Gemeinderat von St. Ursen ist in seiner neuen Zusammensetzung der Meinung, dass die Diskussion über eine Fusion verfrüht wäre.» Das sagte Ammann Albert Studer (CVP) gestern auf Anfrage.

Der Gemeinderat von St. Ursen antwortet damit auf eine Anfrage für Fusionsgespräche aus Tafers und St. Antoni. Die beiden Sense-Mittelland-Gemeinden versandten Mitte November ein Schreiben an die Gemeinderäte von Heitenried, St. Ursen und Alterswil, weil sie herausfinden wollten, ob mit den seit Ende April neu zusammengesetzten Gemeinderäten nicht doch eine zusätzliche Mittelland-Gemeinde zu Fusionsgesprächen bereit wäre. Der Alterswiler Gemeinderat hatte sich vor einer Woche dafür entschieden, beim Fusionsprüfungsprozess mitzumachen, Heitenried hingegen sprach sich dagegen aus (die FN berichteten).

> **«Schade. Es wäre gut gewesen, wenn St. Ursen dabei gewesen wäre.»**
> **Gaston Waeber**
> Ammann von Tafers

Der Gemeinderat wolle eine Fusion nicht initiieren, wenn kein konkretes Begehren von der Bevölkerung her komme, erklärt Albert Studer den Entscheid aus St. Ursen. Zudem seien Fusionsgespräche eine sehr intensive Angelegenheit, wenn man ernsthaft daran interessiert sei. Und im neu zusammengesetzten Gemeinderat seien gleich mehrere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erst daran, sich in die Dossiers einzuarbeiten.

Der Tafersner Syndic Gaston Waeber (SVP) bedauert den Entscheid des Gemeinderats St. Ursen und ist auch etwas überrascht darüber. «Schade. Es wäre gut gewesen, wenn St. Ursen dabei gewesen wäre», sagte Waeber, als ihn die FN mit dem Entscheid aus St. Ursen konfrontierten. Tafers und St. Ursen würden jetzt schon zusammenarbeiten, zum Beispiel in der Bauverwaltung, die gemäss Gemeindeübereinkunft Tafers für St. Ursen übernimmt. Gaston Waeber geht nun davon aus, dass die Fusionsgespräche zu dritt zwischen Tafers, St. Antoni und Alterswil stattfinden werden.